

Eberwein, Wolf-Dieter

Working Paper

Umwelt, Sicherheit, Konflikt: Eine theoretische Analyse

WZB Discussion Paper, No. P 97-303

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Eberwein, Wolf-Dieter (1997) : Umwelt, Sicherheit, Konflikt: Eine theoretische Analyse, WZB Discussion Paper, No. P 97-303, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/49850>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitsgebiet: Internationale Politik

P 97 - 303

**Umwelt - Sicherheit - Konflikt
Eine theoretische Analyse**

von

Wolf-Dieter Eberwein

August 1997

Tel.: (030) 25491 564 FAX:
(030) 25 491 561 e-mail
wolf@medea.wz-berlin.de

*Das Arbeitsgebiet „Internationale Politik“ (Leiter: Priv.-Doz. Dr. Wolf-Dieter Eberwein)
ist der Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“ (Leiter: David Soskice)
assoziiert.*

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Das vorliegende Dokument ist die pdf-Version zu einem Discussion Paper des WZB. Obschon es inhaltlich identisch zur Druckversion ist, können unter Umständen Verschiebungen/Abweichungen im Bereich des Layouts auftreten (z.B. bei Zeilenumbrüchen, Schriftformaten und –größen u.ä.).

Diese Effekte sind softwarebedingt und entstehen bei der Erzeugung der pdf-Datei.

Sie sollten daher, um allen Missverständnissen vorzubeugen, aus diesem Dokument in der folgenden Weise zitieren:

Eberwein, Wolf-Dieter: Umwelt – Sicherheit – Konflikt. Eine theoretische Analyse.

Discussion Paper P 97 – 303. Berlin : Wissenschaftszentrum, Berlin 1997.

URL: <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/1997/p97-303.pdf>

Zusammenfassung

Sind Umweltprobleme Bestandteil nationaler Sicherheit? Diese Frage wird in der nachfolgenden Analyse aufgegriffen und positiv beantwortet. Voraussetzung ist allerdings, daß erstens das Problem grenzüberschreitender Natur ist, daß zweitens einseitige Lösungen nicht möglich sind, und drittens, daß es zu Konflikten führen kann, die zur Gewalt eskalieren. Zwei Umweltprobleme, die diese Bedingungen erfüllen, werden zur Illustration herangezogen: der globale Klimawechsel und die Wasserproblematik. Die Schwierigkeit, Umweltprobleme als sicherheitspolitisch bedeutsam einzustufen beruht darauf, daß es kein personalisierbares Feindbild gibt, daß die Dringlichkeit fehlt, weil die Probleme sich nur langfristig entwickeln, daß nur kooperative kollektive Lösungen möglich sind und daß schließlich kurzfristiges Krisenmanagement in diesem Zusammenhang unmöglich ist. Hinzu kommt, daß der Zusammenhang zwischen Gewalt und Umweltproblemen theoretisch und empirisch weitgehend ungeklärt ist. Könnte gezeigt werden, daß dies tatsächlich der Fall ist, wäre die Berücksichtigung der Umweltproblematik als Bestandteil der Sicherheitspolitik einfacher.

Abstract

Is the environment a constituent element of national security? This question is addressed in the paper. The answer is positive. A number of conditions, however, must be met in order for environmental problems to be a relevant security issue: first, the problem has to reach beyond state borders, second unilateral remedies are impossible, third the problem can lead to conflict that might escalate to violence. Two environmental issues, both meeting these conditions, are used to illustrate the argument: global climate change as well as water problems. The acceptance of environmental problems as significant security issues is a problem since there exists no personalized enemy, since these problems evolve over a longtime period urgency is missing, since only cooperative and collective solutions are possible and, finally, since short-term crisis management is impossible. In addition, the relation between environmental problems and violent conflict are both theoretically and empirically not well understood. If this were the case and such a relationship could be shown to exist, the acceptance of environmental problems as security policy relevant issues would be easier.

Inhaltsverzeichnis

1. "Worst Case - Best Case" als Denkansatz	
2. Sicherheitspolitik und nationale Sicherheit.....	4
3. Umwelt und Sicherheit	9
4. Umwelt und Konflikt	14
5. Schlußfolgerungen	22

1. "Worst Case - Best Case" als Denkansatz¹⁾

Seinem Aufsatz über "Warming up to hot new evidence" stellt Moore den Ausspruch eines Wissenschaftlers voran, demzufolge Schwerkraft noch immer nur eine Theorie sei. Doch, so heißt es weiter, "wären Sie bereit, sie zu testen, indem Sie Ihren Kopf unter eine Guillotine legten?"²⁾ Dieser sarkastische Seitenhieb gilt denjenigen, die die Prognosen über die langfristigen Folgen der globalen Erwärmung mit dem Argument in Zweifel ziehen, sie basierten bislang nur auf einer noch nicht bewiesenen Theorie. Wissenschaftslogisch ist das Argument insofern richtig, als alle Theorien grundsätzlich falsifizierbar sind. Damit ist auch logisch unbestreitbar, daß die Horrorszenarien, die aus den Großrechnern der Klimaforscher den Weg in die Öffentlichkeit finden, falsch sein könnten. Die Preisfrage ist allerdings, ob wir es uns leisten können, die Hochrechnungen mit diesem Argument zu ignorieren. Was passiert, wenn sie im großen und ganzen in 30-50 Jahren tatsächlich einträten?

Stellen wir uns die Situation nach 1945 vor. Die amerikanische Regierung ringt sich zu der Entscheidung durch, auf die Schaffung der NATO zu verzichten, weil überhaupt nicht bewiesen sei, daß Stalin die westeuropäischen Staaten in das kommunistische Imperium einbinden will, um damit die proletarische Weltrevolution ihrem Ziel einen Schritt näher zu bringen. Tatsächlich ist die Sowjetunion nach 1945 nicht in der Lage, neben der Bewältigung der Kriegsfolgen und der Stabilisierung ihres neuen Imperiums eine expansiv-aggressive Politik voranzutreiben. Doch im Jahr 1968 entschließt sich Breschnjew, nicht nur Ordnung in sein Imperium zu bringen, sondern auch die anvisierte Unterwerfung Westeuropas im Zusammenhang mit der Niederschlagung des "Prager Frühling" in die Tat umzusetzen. Die sowjetischen Soldaten werden in westliche Richtung in Marsch gesetzt. Skandinavien, Deutschland, Österreich und Italien werden "befreit". Frankreich bleibt verschont, weil es mit dem Einsatz seiner Force de Frappe droht. Auch die Nuklearmacht Großbritannien bleibt unbehelligt. Die USA,

1) Der vorliegende Text ist der überarbeitete Vortrag im Rahmen des Symposiums des Studienkreises Internationale Beziehungen *Globale Umweltherausforderungen: Problemdruck, internationale Kooperationsansätze und Regelungsdefizite*, 20.-22. Februar 1997, Berlin. Für Kritik bin ich den Teilnehmern des Symposiums ebenso dankbar wie Cord Jakobeit.

2) Curtis A. Moore, Warming up to hot new evidence in: *International Wildlife* Bd. 27 Nr. 1, S. 21-25.

seit Monaten schon vorgewarnt, sind unfähig, in der kurzen verbliebenen Zeit ein abschreckungsfähiges Bündnis aufzubauen. Washingtons einzige Option ist die nukleare Konfrontation. Doch dafür ist den USA der Preis zu hoch. Die Disziplin "internationale Politik" entdeckt wieder das Thema des Systemumbruchs, nachdem sie sich jahrelang mit dem Problem des (graduellen) Wandels beschäftigt hat.

Sicherheitspolitik bestand ursprünglich im Schutz der territorialen Integrität vor Angriffen von außen. Sie fußte und fußt auf dem Denken in Eventualitäten oder dem, was als *worst-case* Denken bezeichnet wird. Dieser Denkansatz kann sehr wohl nach 1945 verhindert haben, daß das eben skizzierte Szenario nicht eingetreten ist. Globaler Klimawandel, dagegen, scheint in dieses Muster überhaupt nicht hineinzupassen. Dafür sprechen mindestens zwei Gründe: erstens die Abwesenheit eines militärisch definierbaren Feindes und zweitens die zeitliche Dimension. Die tradierten Denkmuster, verfestigt in den klassischen sicherheitspolitischen Institutionen Militär und Diplomatie, erschweren zumindest die Anpassung der Vorstellungen über Sicherheit an die sich ändernden Rahmenbedingungen im internationalen System. Ungeachtet der Tatsache, daß gewisse Fortschritte in der globalen Umweltpolitik zu verzeichnen sind³⁾, ist nach wie vor heftig umstritten, ob die Umweltproblematik sicherheitspolitisch relevant ist.⁴⁾ Ökologischen Problemen wird der Status konstitutiver Elemente der nationalen Sicherheit streitig gemacht. Folgte die Umweltpolitik der Logik der Sicherheitspolitik, müßte sie vom *worst-case* Denken ausgehen. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, sondern eher ein *best-case* Denken. Entweder wird die Dringlichkeit nicht gesehen, oder man setzt auf die technologische Innovationsfähigkeit, oder aber die Projektionen der Klimaforscher werden schlicht in Frage gestellt.

3) Was den Stand der Regulierung in der Umweltpolitik betrifft, vgl. etwa Urs Luterbacher und Detlef Sprinz (Hrsg.): *International Relations and Global Climate Change*, Ms., Genf/Potsdam, 1997, insb. Kapitel 4 von Daniel Bodansky, *The history and legal structure of the global climate change regime*, S. 11-31 (Das Manuskript ist über Internet verfügbar).

4) Kennt Butts, *National Security, the Environment and DOD*, in: *The Woodrow Wilson Center, WW-Report Environmental Change*, 1996, No 2, S. 22-28; Eileen Claussen, *Environment and Security: The Challenge of Integration*, in: *The Woodrow Wilson Center, WW-Report Environmental Change*, 1995, No. 1, S. 40-43; Christopher Daase, *Ökologische Sicherheit: Konzept oder Leerformel?* In Berthold Meyer und Christian Wellmann (Red.): *Umweltzerstörung: Kriegsfolge und Kriegsursache*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1992, S. 21-52; Daniel Deudney, *The case against linking environmental degradation and national security*, in: *Millenium*, Bd. 19 Nr. 34, S. 461-476; Malin Falkenmark, *The dangerous spiral :Near-future risks for water-related eco-conflicts*.

In der nachfolgenden Analyse steht das Problem im Vordergrund, ob bzw. gegebenenfalls welche ökologischen Probleme tatsächlich konstitutiver Bestandteil der Sicherheitspolitik und damit der nationalen Sicherheit sind. Sie sind es dann, so die These, die im einzelnen zu belegen sein wird,

wenn erstens kurz- und mittelfristige Lösungen spezifischer Umweltprobleme nicht möglich sind, die die Überlebensfähigkeit der Staaten bedrohen und
wenn zweitens diese Probleme zum Ausbruch gewaltsamer Konflikte innerhalb und zwischen Staaten beitragen.

Um diese zwei miteinander verknüpften Thesen zu belegen, wird zunächst die Diskussion zum Problem nationaler Sicherheit aufgegriffen. In einem zweiten Schritt wird zu klären sein, unter welchen Bedingungen Umweltprobleme tatsächlich unter dem Begriff der nationalen Sicherheit subsumiert werden können bzw. müssen.⁵⁾ Das ist, so die These, dann der Fall, wenn ein systematischer Zusammenhang zwischen Umweltproblemen und Gewalt besteht. Denn, soweit Gewalt zwischenstaatlich auftritt, gilt sie nach wie vor als integraler Bestandteil nationaler Sicherheitsüberlegungen. Soweit sie innerstaatlich auftritt, wäre das der Fall, wenn sie grenzüberschreitende Folgewirkungen nach sich zieht.

and War - Symposium on Water in Armed Conflicts, Report, International Committee of the Red Cross, Geneva, 1995, S. 10-28. Nina Graeger, 'Review Essay: Environmental Security' *Journal of Peace Research* 1996, Bd.33 Nr. 1, S. 109-116; Thomas F. Homer-Dixon, *Environmental Scarcities and Violent Conflict: Evidence from Cases*, in: *International Security*, 1993, Bd. 19 Nr. 1, S. 5-40; Jyrki Käkönen (Hrsg.), *Green Security or Militarized Environment*, Brookfield: Dartmouth Publishing Company, 1994; Marc A. Levy, *Correspondence: Environment and Security*, in: *International Security*, 1995, Bd. 20 Nr. 3, S. 196-198; ; Marc a. Levy, 1995, *Is the Environment a National Security Issue?* in: *International Security*, 1995, Bd. 20 Nr. 2, S. 35-62; Richard A. Matthews, *The Greening of U. S. Foreign Policy*, in: *Issues in Science and Technology*, Fall, 1996, S. 39-47; Norman Myers, *Ultimate Security: The Environmental Basis of Political Stability*. New York: W. W. Norton & Co, 1993; Arthur M. Westing, *The environmental component of comprehensive security*, in: *Bulletin of Peace Proposals*, Bd. 20 Nr. 2, S. 129-134; Robert M. White, *Climate Science and National Interests*, in: *Issues in Science and Technology*, Fall, 1996, S. 33-38.

5) Aus Gründen analytischer Sparsamkeit beschränken wir uns dabei auf das Problem der "äußeren Sicherheit", auch wenn die Grenzen zur inneren Sicherheit fließend geworden sind. Die Analyse der Interdependenz zwischen innerer und äußerer Sicherheit würde den Rahmen der nachfolgenden Analyse völlig sprengen. Wie fließend diese Grenze geworden ist, hat Didier Bigo in seinem Aufsatz gezeigt: Didier Bigo, *Security(s): internal and external, the Möbius ribbon*. Paper presented at Annual Convention of the International Studies Association, Toronto, March 1997.

2. Sicherheitspolitik und nationale Sicherheit

Tilly vertritt die These, daß der moderne Territorialstaat das nichtintendierte Nebenprodukt der Kriegsführung war.⁶⁾ Der Herrscher, Tilly zufolge kriminellen Vereinigungen vergleichbar, versprach den Mitgliedern der Gesellschaft Schutz vor drohenden Gefahren, die erst mit seinem Schutzanspruch entstanden. Hätte die Gesellschaft auf den angebotenen Schutz verzichtet, hätte sie sich von dem potentiellen Beschützer schützen müssen. Um diesen Schutz nach außen auch zu gewährleisten, benötigte der Staat Soldaten. Dazu waren und sind erhebliche Mittel erforderlich, was die Herrscher dazu zwang, die entsprechenden Ressourcen einzutreiben und gleichzeitig den Prozess der Kapitalakkumulation zu fördern. Zu der Zeit, zu der mit den Verträgen von Münster und Osnabrück die Grundlagen des Westfälischen Systems mit dem Souveränitätsprinzip, d. h. Achtung der territorialen Integrität, die normative Basis für das moderne Staatensystem festgeschrieben wurde, stand die gewaltsame territoriale Eroberung im Mittelpunkt.⁷⁾ Sie war üblich und galt sogar als legitim. In dieser Zeit, wenn man so will, entstand das, was später als Sicherheitspolitik bezeichnet wurde. Sie funktionierte nach dem Selbsthilfe-, wenn nicht sogar Selbstbedienungsprinzip, das Waltz⁸⁾ seines historischen Gehaltes beraubt und in den Rang einer axiomatischen Kategorie erhoben hat. Historisch bedeutete Sicherheit Macht, Macht wiederum war äquivalent mit Territorium, Menschen und Soldaten. Ergo: je größer das Territorium und je mehr Menschen und Soldaten, desto größer die Macht und desto größer die Sicherheit.⁹⁾

Die institutionelle Kontinuität im Bereich der äußeren Sicherheit ist unverkennbar. Nach wie vor werden erhebliche Mittel in Militärapparate investiert, um territoriale Unversehrtheit und Überlebensfähigkeit des Gemeinwesens zu sichern. Unbestreitbar ist die Wah-

6) Charles Tilly, War Making and State Making as Organized Crime. In: Peter B. Evan, Dietmar Ruechemeyer, Theda Skocpol (eds.): Bringing the State Back In. Cambridge MA: Cambridge University Press, 1985, S. 172.

7) Siehe hierzu Kalevi J. Holsti, Peace and war: armed conflicts and international order 1648-1989, Cambridge MA: Cambridge University Press, insb. Kap. 5, 1991.

8) Kenneth N. Waltz, Theory of International Politics. Reading MA: Addison-Wesley Publishing Company, 1979.

9) Hierzu insbesondere lesenswert Kap. 6 und 7 bei Holsti, 1991, op.cit.

rung der Überlebensfähigkeit des eigenen Staatsgebietes ein zentrales Axiom staatlicher Sicherheitspolitik. Deswegen muß sich laut Walt die Analyse von Sicherheit auf "the study of threat, use, and control of military force" beschränken.¹⁰⁾ Kolodziej dagegen argumentiert zu Recht, daß - staatliche bzw. internationale - Sicherheit untrennbar mit Wohlfahrt (welfare) und Reichtum (wealth) verknüpft sei.¹¹⁾ Dabei trete das Paradoxon auf, daß mit der zerstörerischen Macht des Staates weder Reichtum noch Wohlfahrt gesichert werden könnten. Von beiden hänge aber das Überleben des Staates und dessen Legitimität ab und damit die Existenzfähigkeit einer integrierten Gemeinschaft. Demzufolge bedeutete materielle Deprivation eine zentrale Gefährdung der Sicherheit des Wohlfahrtsstates.¹²⁾

Daß Gewalt, zumal organisierte, nach wie vor im internationalen System angewendet wird, ist eine Tatsache. Daß auch in Zukunft das militärische Instrument als Mittel zur Wahrung der Sicherheit=Überlebensfähigkeit von Staaten eingesetzt wird, ist mehr als wahrscheinlich. Der Umkehrschluß wäre allerdings falsch, daß das Militär nach wie vor eine so zentrale Rolle spielte wie früher. Deswegen wohl sind sich Praktiker wie Wissenschaftler einig, daß nur ein erweiterter Sicherheitsbegriff der Bedrohungsrealität gerecht wird. Dieser Konsens beruht auf der Einsicht, daß 1. Sicherheit nicht auf den Schutz des Territorialstaates mit militärischen Mitteln reduziert werden kann, daß es 2. vielfältige Quellen der Bedrohung staatlicher Sicherheit gibt, die nicht unbedingt oder überhaupt nicht militärisch bekämpft werden können, und 3. daß die Unterscheidung in innere und äußere Sicherheit zunehmend obsolet wird.

Diese Einsicht enthält aber eine analytische Falle. Je weiter der Sicherheitsbegriffs gefaßt wird, desto eher degeneriert er zur Unkenntlichkeit.¹³⁾ Wie kann also ein analytisch brauchbarer Sicherheitsbegriff entwickelt werden, der trennscharf und zugleich umfassend

10) Stephen M. Walt, *The Renaissance of Security Studies*, in: *International Studies Quarterly* 1991, Bd. 35 Nr. 3, S. 212

11) Edward A. Kolodziej, *Renaissance in Security Studies? Caveat Lector!* in: *International Studies Quarterly*, 1992, Bd. 36 Nr. 4, S. 427

12) a.a.O., S. 428.

13) Auf genau die gleichen Probleme ist bereits der Begriff des positiven Friedens gestoßen, der zwar den Horizont der kritischen Friedensforschung und der Friedensbewegung ungemein erweitert hat, ohne sich damit zu einem fruchtbaren Forschungsprogramm entwickelt zu haben.

ist? Als Ausgangspunkt mag die erweiterte Definition Ullmanns dienen: Bedrohung besteht darin, wenn sich die Lebensqualität der Bevölkerung eines Staates innerhalb eines vergleichsweise kurzen Zeitraums drastisch verschlechtert und wenn zugleich die der Regierung, aber auch privaten, nichtstaatlichen Einheiten zur Verfügung stehenden Politikoptionen drastisch reduziert werden.¹⁴⁾ Das entscheidende Merkmal dieser Definition ist die Verknüpfung zwischen Bedrohung und Handlungsoptionen. Analog zu Hubig, der im Zusammenhang mit Risiken drei Typen unterscheidet, könnte man von realen Bedrohungen, hypothetischen Bedrohungen und "Metabedrohungen" sprechen.¹⁵⁾ Real heißt, daß die Wahrscheinlichkeit des Eintretens der Bedrohung und die daraus resultierenden Folgen bekannt sind. Hypothetische Bedrohungen beruhen zwar auf der Unkenntnis über das Eintreten eines Ereignisses, die Folgen aber - wie etwa im Falle des Versagens der nuklearen Abschreckung - wären vorhersehbar katastrophal. Metabedrohungen schließlich basieren auf spekulativen Ideen über alle nur denkbaren Gefährdungen.¹⁶⁾ Sicherheitspolitisch brauchbar sind folglich die beiden erstgenannten Formen der Bedrohung. Verknüpft man diese mit dem zweiten Element von Ullmanns Definition, ist eine weitere Präzisierung notwendig. Er berücksichtigt sämtliche Akteurstypen, staatliche wie nichtstaatliche. Würde daran festgehalten, wäre eine staatliche Maßnahme gegen eine aktuelle Bedrohung, etwa die Mobilisierung im Falle eines militärischen Angriffs per definitionem selbst eine Bedrohung, weil dadurch die Handlungsoptionen der nichtstaatlichen Akteure kurzfristig und drastisch eingeschränkt würden. Folglich erscheint die Einschränkung auf den Staat als relevantes Handlungsobjekt notwendig. Das bedeutet aber nicht, daß andere Akteure irrelevant wären. Allerdings verfügt nur er, im Gegensatz zu anderen Akteuren, über die Fähigkeit, bindende Entscheidungen, innerstaatlich wie zwischen-

14) Richard H. Ullmann, *Redefining Security*, in: *International Security*, Bd. 8 Nr. 1, 1983, S. 133; siehe auch Jessica Tuchman Mathews, *Redefining Security*, in: *Foreign Affairs*, 1989, Spring, S. 162-177 sowie Barry Buzan, *People, States and Fear*, 2nd ed., New York: Harvester Wheatsheaf, 1991.

15) Christoph Hubig, *Theoretisch-soziologische Überlegungen zur Risikoproblematik im Blick auf ein "Ende" der Systemkonfrontation*. In: Wolf-Dieter Eberwein (Red.): *Europa im Umbruch: Chancen und Risiken der Friedensentwicklung nach dem Ende der Systemkonfrontation*. Münster: agenda Verlag, 1997, S. 21.

16) Denkbar ist durchaus, daß das Drogenkartell sich einigt, die Weltherrschaft zu übernehmen und dementsprechend aufrüstet, oder daß sich tatsächlich Millionen und Abermillionen von Menschen aus Afrika und Asien auf den langen Marsch nach Europa machen. Darunter fällt möglicherweise auch das Gespenst des sogenannten cyber wars.

staatlich, zu treffen. Im Zusammenhang mit den zwei Arten von Bedrohung bleiben somit die von Graeger für zentral erachteten Merkmale der Sicherheitspolitik erhalten, nämlich *predictability* und *control*¹⁷⁾ "Predictability" kann dahingehend interpretiert werden, daß die Wahrscheinlichkeit der Bedrohung bekannt ist oder aber, daß selbst dann, wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit unbekannt ist, die Folgen so weitreichend sind, daß vorbeugende Maßnahmen notwendig werden. "Control" ist so zu verstehen, daß die Staaten über die Handlungsmöglichkeiten verfügen, die Randbedingungen zu beeinflussen, die die Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines Ereignisses reduzieren. Das heißt aber nicht, daß Bedrohung damit auf organisierte Gewalt, für Walt die entscheidende Dimension, reduziert werden kann. Wie Kolodziej betont, impliziert Sicherheit nach außen gleichermaßen die Wohlfahrtsdimension, die nur bedingt oder überhaupt nicht militärisch kontrollierbar ist.

In Ermangelung einer besseren Terminologie wird Sicherheit folglich als ein Zustand der Abwesenheit von Bedrohung der Staaten definiert. Bedrohung kann von konkret identifizierbaren Akteuren ausgehen, muß es aber nicht. So weist Buzan zu Recht darauf hin, daß "the most potential policy error identified is to base security analysis too narrowly on one level or in one sector".¹⁸⁾ Was die sektorale Differenzierung betrifft, so ist ihm zuzustimmen. Wenn er allerdings von verschiedenen Ebenen spricht, gilt dies nur mit Einschränkungen. Ohne Zweifel ist individuelle Sicherheit eine relevante Kategorie. Würden aber sämtliche Ebenen der Sicherheit, von der individuellen bis hin zur staatlich-kollektiven, berücksichtigt, wäre jedwede Art von Politik per definitionem Sicherheitspolitik. Brauchbar dagegen ist die Ebenen-Konzeptualisierung im Sinne Haftendorns, für die die Staaten konstitutives Grundelement sind.¹⁹⁾ Sie unterscheidet analytisch drei Ebenen:

- nationale Sicherheit,
- internationale Sicherheit, und
- globale Sicherheit.

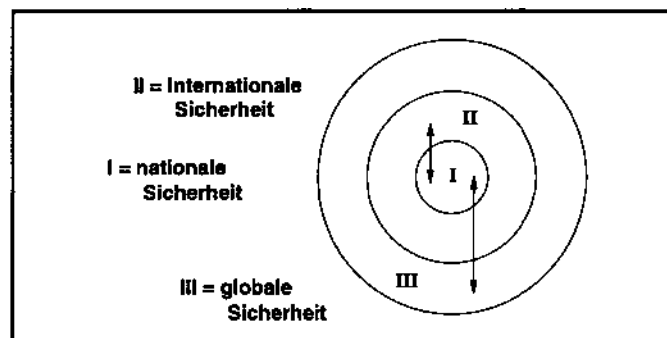
17) Nina Graeger, Review Essay: Environmental Security, in: Journal of Peace Research, 1996, Bd. 33 Nr. 1, S. 110.

18) Barry Buzan, op. cit, S. 375.

19) Helga Haftendorn, The security-puzzle: theory-building and discipline-building in international security, in: International Studies Quarterly, 1991, Bd. 35 Nr. 1, S. 3-17.

Erstere beinhaltet primär den Aspekt der Selbstverteidigung: der Staat ist fähig, alleine Gefahren und Bedrohungen von außen abzuwehren. Von internationaler Sicherheit spricht sie dann, wenn - wie etwa unter den Bedingungen nuklearer Abschreckung - Interdependenz der Staaten besteht. Sicherheit ist in diesem Falle nicht national oder individuell, sondern nur regional oder kollektiv zu erreichen. Unter globaler Sicherheit schließlich fallen die Sicherheitsprobleme, die nur im Rahmen einer bestimmten Weltordnung lösbar sind. Nationale Sicherheit setzt sich somit logisch aus drei interdependenten Komponenten zusammen, die schematisch in Abbildung 1 dargestellt sind.

Abb. 1: Ebenen der Sicherheit



Die Einschränkung auf die militärische Dimension der Sicherheit ist bei Haftendorn evident, allerdings nicht zwingend. Im Falle nationaler Sicherheit geht es neben der Wahrung der territorialen Integrität um die Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Organisierte staatliche Gewalt von außen ist nur eine Form der Bedrohung. Im Falle der internationalen bzw. regionalen Sicherheit hat die Blockkonfrontation verdeutlicht, daß nur kollektive Anstrengungen nationale Sicherheit gewährleisten können. Auch in diesem Falle ist die Einschränkung auf die militärische Komponente a priori wenig sinnvoll, wenn gezeigt werden kann, daß eine Bedrohung existiert, die nur gemeinsam zu überwinden ist. Globale Sicherheit schließlich impliziert, daß es sicherheitsrelevante Probleme gibt, die die Überlebensfähigkeit der Staatenwelt insgesamt bedrohen, aber wie im Falle der regionalen Sicherheit keineswegs ausschließlich oder primär militärischer Natur sein müssen. Das entscheidende Kriterium, das

ihrer Unterscheidung zugrunde liegt, ist folglich die *räumliche Interdependenz* nationaler Sicherheit. Im ersten Falle ist sie einseitig auf das Staatsgebiet beschränkt, im zweiten Falle ist sie regional definiert, im dritten Falle global. In den beiden letztgenannten Fällen ist nur kollektives Handeln zur Abwehr einer Bedrohung möglich.

Eine erste Schlußfolgerung ist, daß der Begriff der nationalen Sicherheit analytisch zu kurz greift, wenn er nur die erste von Haftendorn genannte Dimension berücksichtigt, die kollektive dagegen ausblendet. Eine zweite besteht darin, daß es Bedrohungen nationaler, internationaler und globaler Art gibt, die sicherheitspolitisch relevant sind. Diese beiden Merkmale sind zugleich notwendige Bedingungen, um von sicherheitspolitisch relevanten Bedrohungen zu sprechen. Die hinreichende Bedingung ist, daß Bedrohungen nichtmilitärischer Art zum Ausbruch organisierter Gewalt führen können. Die Implikationen dieses zuletzt genannten Problems werden erst nach der Diskussion der Umweltproblematik erneut aufgegriffen.

3. Umwelt und Sicherheit

Die Diskussion, ob ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Umwelt und nationaler Sicherheit besteht, wird äußerst kontrovers diskutiert.²⁰⁾ Die Schärfe der Kontroverse kann mit den gegensätzlichen Positionen zur Rolle des Militärs erklärt werden. Dahinter steckt die Annahme, daß entweder Umweltprobleme nur dann sicherheitspolitisch relevant sind, wenn die daraus resultierende Bedrohung mit militärischer Gewalt eingeschränkt werden kann, oder aber, daß gerade verhindert werden muß, einen solchen Zusammenhang herzustellen, was mit

20) Beispielhaft hierzu etwa die Kontroverse zwischen Homer-Dixon und Levy: Thomas F. Homer-Dixon, Correspondence: Environment and Security, in: International Security 1995, Bd. 20 Nr. 3, S. 189-95; Marc A. Levy, Correspondence: Environment and Security, in: International Security, 1995, Bd. 20 Nr. 3, S. 196-98; Marc A. Levy, Is the Environment a National Security Issue? In: International Security 1995, Bd. 20 Nr. 2, S. 35-62; weiteren Angaben in Fußnote 3.

der "Militarisierung der Umweltpolitik" begründet wird.²¹⁾ Damit wird vorschnell die Frage der Überlebensfähigkeit der Staaten mit spezifischen Reaktionsmöglichkeiten zur Abwehr von Bedrohungen verknüpft. Im Folgenden geht es zunächst darum zu klären, welche Umweltprobleme sicherheitspolitisch von Bedeutung sind. Sie sind es dann, wenn Umweltprobleme die materielle Basis der Staaten- bzw. Gesellschaftswelt bedrohen und grenzüberschreitender Art sind. Erst dann kann sinnvollerweise geklärt werden, ob diese Probleme gewaltinduzierende Folgewirkungen haben.

Die ersten beiden Bedingungen werden von zwei Problemen eindeutig erfüllt: 1. den Folgen des globalen Klimawandels selbst, und 2. den Folgen der zunehmenden Wasserknappheit.²²⁾ In beiden Fällen betreffen die Auswirkungen erneuerbare Ressourcen. Das erste Problem ist globaler Natur, das zweite Problem regionaler Art. Können bei den Auswirkungen auf erneuerbare Ressourcen Merkmale eines systematischen Verknappungsprozesses identifiziert werden?

Was den globalen Klimawandel betrifft, so kann davon ausgegangen werden - halten die beobachteten Trends an - daß eine mittlere weltweite Erwärmung um 1-3 Grad Celsius im Laufe der kommenden Jahrzehnte eintreten wird. Die Folgen wären, knapp zusammengefaßt im Anschluß an Schönwiese²³⁾, die Abkühlung der Stratosphäre, die zur Vergrößerung des Ozonloches führt, eine Niederschlagsumverteilung (weniger Niederschläge im Mittelmeerraum und im sog. *corn belt* der USA, höhere in den Polargebieten), ein Anstieg des Meeresspiegels um durchschnittlich 20-50 Zentimeter, sowie die Häufung von Stürmen, Hagel,

21) Das wird insbesondere in der Diskussion immer wieder betont, u.a. in der Friedensforschung. Siehe hierzu u. a. Lothar Brock, *Peace through Parks: The Environment on the Peace Research Agenda*, in: *Journal of Peace Research*, 1992, Bd. 28 Nr. 4, S.407-423; Kent Butts, *National Security, the Environment and DOD*, Wodrow Wilson Center, WW-Report *Environmental Change*, 1996, Nr. 2, S. 22-28; Christopher Daase, op. cit.; Jyrki Käkönen: *Green security of militarized environment: an introduction*, in: Jyrki Käkönen, op. cit. S. 1-6.

22) Es ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, eine systematische Bestandsaufnahme aus umweltpolitischer Sicht vorzunehmen. Erwähnt werden müßten u. a. auch die Bodenerosion ebenso wie die Ozonproblematik, die ihrerseits spezifische Folgeprobleme nach sich ziehen. Im Rahmen dieser Arbeit geht es aber im wesentlichen darum, die sicherheitspolitische Relevanz derartiger Phänomene aufzuzeigen, auch wenn damit die Präzision und die Komplexität der Umweltproblematik insgesamt zu kurz gerät.

23) Christian Schönwiese, *Weltweite Klimaänderungen: Grundlagen, Probleme und neue Prognosen*, in: *Universitas* 1996, Bd. 51 Nr.606, S. 999-1008; siehe auch Moore, op. cit.

Überschwemmungen und Dürren. Die Folgen speziell für die USA sind nach einer Studie der Traveler's Corporation²⁴⁾ eine Verlängerung der Hurrikanperiode um 20 Tage, eine 33prozentige Erhöhung der Landverwüstung durch Hurrikane und eine 30prozentige Erhöhung der Schadensfälle durch Stürme.

Besondere Schwierigkeiten ergeben sich aus der Tatsache, daß der globale Klimawandel sich einem einfachen kausalen Ursache-Wirkungs-Schema entzieht. Er setzt sich aus einer Vielfalt komplexer Beziehungen zwischen Human- und Ökosystem zusammen. Fest steht, daß die anthropogenen Effekte systematisch u. a. zur Verknappung der Nahrungsbasis der Menschheit in Form von Bodenerosion, Dürreperioden, Erwärmung der Meere und Bevölkerungswachstum beitragen.²⁵⁾ "Although a scientific debate still rages [...] the most important new finding in the summary report (of the International Panel on Climate Change, d. Verf.) is that [...] 'the balance of evidence suggests that there is a discernible human influence on global climate.' This is a significant change in conclusion."²⁶⁾ Mit der Erhöhung des Meeresspiegels reduziert sich weiterhin die bewohnbare Fläche u.a. durch Überflutung dichtbesiedelter Küstengebiete. Folgewirkungen sind die Zunahme natürlicher und anthropogener Katastrophen, wie massive Migrationsbewegungen. Laut World Disasters Report von 1996 wird im Jahre 2000 mit etwa 22 Millionen Flüchtlingen (1996 ca. 15 Millionen) und rund 40 Millionen sogenannter internally displaced persons (1996 ca. 30 Millionen) gerechnet.²⁷⁾ In welchem Maße damit die privaten (etwa die Rückversicherungen) wie staatlichen Haushalte beansprucht werden, ist offen, soweit es bei reaktiven Strategien bleibt.

Auf der regionalen Ebene ist, im Zusammenhang mit globalem Klimawandel und Bevölkerungswachstum als zwei Faktoren neben anderen, die Wasserverknappung ein ganz zen-

24) Eileen Claussen, Environment and Security: The Challenge of Integration, in: *WW-Report Environmental Change*, The Woodrow Wilson Center, 1995, Nr. 1, S. 42.

25) Auf den spezifischen Fall Chinas weist hin Martin Walker, China and the new era of resource scarcity, in: *World Policy Journal*, Spring, 1996, S. 8-14.

26) Robert M. White, op.cit, S. 34.

27) International Federation of the Red Cross and the Red Crescent Societies, *World Disasters Report*, Oxford: Oxford University Press, 1996, S. 14.

trales Problem.²⁸⁾ Während die Grundwasserreserven sinken, wird der steigende Wasserbedarf durch Verschmutzung zusätzlich eingeschränkt. Sowohl Aquifere als auch die Oberflächengewässer (Flüsse und Seen) sind häufig grenzüberschreitend.²⁹⁾ Eine ganze Reihe von Staaten ist darüber hinaus fast ausschließlich von internationalen Flußläufen abhängig, Ägypten beispielsweise zu 97 Prozent.³⁰⁾ Der "Krieg ums Wasser", so der Titel eines Symposiums des Internationalen Roten Kreuzes³¹⁾, ist wegen der Wasserknappheit nicht auszuschließen. Extrem gefährdet sind der Mittelmeerraum und Südafrika.³²⁾

Im Falle des Klimawandels handelt es sich dabei um ein globales Sicherheitsproblem, im Falle des Wassers um ein internationales, d. h. um ein regionales, wobei in diesem Zusammenhang der Begriff der *ecogeographical regions* von Graeger³³⁾ zweifelsohne brauchbar erscheint. Er überschneidet sich räumlich, wenn auch nicht völlig, mit dem Gebiet, das der Begriff der internationalen Sicherheit impliziert. Die zunehmende Verknappung erneuerbarer Ressourcen ist folglich regional und global absehbar, wenn keine entscheidenden Gegenmaßnahmen getroffen werden. Weil in beiden Fällen die Ursachen dieser Bedrohungen durch menschliches Handeln hervorgerufen werden, kann diese Art der Bedrohung durch kollektives Handeln zumindest reduziert werden.

28) Malin Falkenmark, The dangerous spiral: near-future risks for water-related eco-conflicts'. *Water and War - Symposium on Water in Armed Conflicts*, Report, International Committee of the Red Cross, Geneva, 1995, S. 10-28; s. a. Malin Falkenmark, Eco-Conflicts - The Water Cycle Perspective, in: Kurt R. Spillmann und Günther Bächler (Hrsg.): environmental crisis: regional conflicts and ways of cooperation. ENCOP - Environment and Conflicts Project, Occasional Paper No. 14, 1995, S. 28-42; s. a. Sebastian Büttner und Udo E. Simonis, Wasser - ein globales Umweltproblem. Papers, Forschungsschwerpunkt Technik, Arbeit, Umwelt. Wissenschaftszentrum Berlin, FS II 94-401, 1994.

29) Peter H. Gleick, Water and conflict - fresh water resources and international security, in: *International Security* B d. 18 Nr. 1, S.79-112.

30) Peter H. Gleick, 1993, op. cit., S. 103, Tabelle 4

31) International Committee of the Red Cross, Report, *Water and War - Symposium on Water in Armed Conflicts*, Geneva, 1995.

32) Malin Falkenmark, 1995, op. cit. S. 20.

33) Nina Graeger, 1996, op. cit., S. 114)

Die mangelnde Akzeptanz dieser Art von Bedrohung als sicherheitspolitisch relevant besteht darin, daß Umweltprobleme eine Reihe von Eigenschaften aufweisen, die die klassische Sicherheitspolitik eben nicht kennt:

1. Ein fehlendes Feindbild, das zur Folge hat, daß die Bedrohung nicht personalisierbar ist. Damit fehlt dieser Art von Phänomen die Legitimierbarkeit, die die klassische sicherheitspolitische Vorsorge auszeichnet. Statt dessen greift eher ökonomische Legitimierung im Sinne individuell definierbarer Gewinne und Verluste. Die Ursachen der Bedrohung, seien es etwa die CO₂-Emission oder das Abholzen der Tropenwälder, sind keine intendierten feindlichen Handlungen im klassischen Sinne, die erst recht nicht einem bestimmten Staat unterstellt werden können.

2. Die Langfristigkeit der Auswirkungen der Umweltbelastungen ist unbestreitbar. Damit entfällt ein weiteres traditionelles sicherheitspolitisches Legitimationsmerkmal, das der direkten und unmittelbaren Bedrohung. Die Auswirkungen der Umweltschäden, die die Überlebensfähigkeit der Menschheit bedrohen, sind langfristiger Art. Klimafolgen berechnen sich in Jahrzehnten.

3. Die Globalisierung bzw. Regionalisierung von Sicherheit, die lediglich im Falle der militärischen Bedrohung im allgemeinen, der nuklearen Bedrohung im besonderen noch einsichtig sein mag, resultiert daraus zwangsläufig. Individuelle Rationalität verhindert oder behindert zumindest kollektiv-rationales Handeln.³⁴⁾ Doch selbst unter der Voraussetzung kollektiv-rationalen Handelns kommt ein weiteres Merkmal hinzu.

4. Die Unmöglichkeit der Bestimmung von Mittel-Ziel Relationen. Selbst wenn Regierungsvertreter, wie es White³⁵⁾ formulierte, verhandlungsbereit sind, so werden sie "literally be negotiating unknown consequences for their countries", denn die Modellrechnungen erlauben keine Rückschlüsse darüber, welche Staaten und welche Individuen in welchem Ausmaße von den Folgen des globalen Klimawandels direkt betroffen sein werden.

34) Dies wird deutlich in der Analyse von Urs Luterbacher und Detlef Sprintz (Hrsg.), 1997, op. cit., u. a. auch in Kapitel 5 über die "theoretical perspectives", S. 31-69.

35) Robert M. White, a.a.O., S. 37.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die Umweltproblematik sicherheitspolitisch zumindest insoweit von Bedeutung ist, wie sie die zunehmende Verknappung erneuerbarer, lebensnotwendiger Ressourcen, Nahrung, Wasser und Boden, zur Folge hat. Diese Ressourcenverknappung bedroht die materielle Basis, nicht nur der ärmeren Länder, sondern auch der reichen. Sie bedroht also die Überlebensfähigkeit nicht nur des Wohlfahrtsstaates, sondern aller. Ohne kollektives Handeln auf regionaler wie auf globaler Ebene sind Lösungen nicht möglich, bestenfalls zeitlich begrenzte individuelle Abwehrstrategien. Kollektive Handlungsstrategien sind aber notwendig, gerade weil Ursachen und Folgen räumlich wie zeitlich entkoppelt sind. Sicherheitspolitisches Krisenmanagement, das im militärischen Bereich als letzter Rettungsanker denkbar wäre, ist im Rahmen der Umweltproblematik ausgeschlossen, weil es sich um langfristige Prozesse handelt, die, wenn überhaupt, nur langfristig beeinflußt werden können. Treten die denkbaren Auswirkungen ein, gibt es keine wirksamen Lösungen, sondern bestenfalls nur noch Überlebensstrategien auf Zeit.

Verknappung erneuerbarer Ressourcen muß zwangsläufig zu innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Verteilungskonflikten führen. Nur unter der heroischen Annahme, derartige Verteilungskonflikte würden gewaltfrei verlaufen, weil es sich um Umweltprobleme handelt, könnte zu der kurzsichtigen Behauptung führen, Umwelt und Sicherheitspolitik hätten miteinander nichts zu tun. Welcher Art der Zusammenhang von Umwelt und Konflikt ist, wird im folgenden Abschnitt erörtert.

4. Umwelt und Konflikt

Gewaltsame Konflikte in Folge umweltbedingter Ressourcenverknappung wären dann sicherheitspolitisch nur bedingt von Bedeutung, wenn von vornherein die Staaten weder bei der Ursachenbekämpfung (heute würde man eher von Prävention sprechen) noch bei der Anwendung kollektiver Gewalt eine zentrale Rolle zukäme, wenn sie also in beiden Fällen an den zu erwartenden inner- und zwischenstaatlichen Verteilungskonflikten unbeteiligt und wenn beide Konfliktdimensionen unabhängig voneinander wären. Was die Zentralität des Staates bei der Ursachenbekämpfung betrifft, dienen die Bemühungen um die rechtlichen

Versuche, die Rechte der Anrainerstaaten von grenzüberschreitenden Flüssen zu regeln, als Beispiel. Den Vorschlag der International Law Association, den diese auf ihrer 52. Konferenz 1966 formulierte und dem 6. Ausschuß der UNO 1970 zur Beschlussfassung vorlegte, wurde von den am Oberlauf von Flüssen liegenden Staaten in diesem Gremium mehrheitlich abgelehnt. "In the absence of a universally acceptable international legal framework, *it is quite difficult to address the problems associated with the peaceful sharing of the water resources in an international river.*"³⁶⁾

Ohne die Bereitschaft der Staaten, wie dieses Beispiel zeigt, gibt es keine Lösung. Daran wird deutlich, daß der Staat als Akteur nicht nur die zentrale Einheit im internationalen System ist, sondern auch eine zentrale Rolle bei der langfristigen Ursachenbekämpfung wie der kurz- und mittelfristigen Umverteilung knapper Ressourcen spielt. Paradoxerweise sind die Staaten, wie dieses Beispiel ebenfalls zeigt, zugleich das zentrale Hindernis bei derartigen Bemühungen, bestimmte Problembereiche international zu regeln. Sie tragen sogar zur Problemverschärfung bei, weil bzw. so lange sie die Fülle der Probleme unter der eher kurzfristigen Perspektive nationaler Interessen subsumieren, die langfristige Gefährdung der Sicherheit durch die Umweltproblematik faktisch ignorieren oder aber sich als unfähig herausstellen, fundamentale kollektiv-kooperative Lösungen zu beschließen und durchzusetzen.

Man kann, wie es etwa Waltz tut, von der theoretischen Annahme der Gleichheit aller Staaten ausgehen und ihnen als das alles überragende *nationale Interesse* die Bewahrung ihres Ranges in der internationalen Machthierarchie zuordnen.³⁷⁾ Interessanterweise postuliert er seit neuestem, daß heute die technologische Vorherrschaft das entscheidende Kriterium für Sicherheit und Überlebensfähigkeit der Staaten (bzw. der Großmächte) in der Zukunft ist. Die technologische Vorherrschaft sei wichtiger für die Wahrung der Position in der internationalen Machthierarchie, weil die militärische Macht durch die Nuklearwaffen neutralisiert worden sei. Doch wenn, wie wir postulieren, die knapper werdenden erneuerbaren Ressourcen ein

36) Peter Wallensteen and Ashok Swain, *International Fresh Water Resources: Sources of New Conflicts?* Mimeo, Department of Peace and Conflict Research, Uppsala University, first version, 1996, S. 48 (Hervorhebung durch den Verfaßer).

37) Kenneth N. Waltz, The emerging structure of International Politics, in: *International Security*, 1994, Bd. 18 Nr. 2, S. 44-79.

entscheidendes Problem darstellen, dann sind die Ursachen dafür nicht unilateral, sondern nur multilateral zu bekämpfen, ungeachtet der Position der einzelnen Staaten in der internationalen Rangordnung. Damit kommt dem Staat eine zentrale Rolle zu. Wenn darüber hinaus die Wahrscheinlichkeit groß ist, daß die Ressourcenverknappung zu Verteilungs- und Umverteilungskonflikten führen kann, dann nimmt er auch in diesem Zusammenhang eine zentrale Position ein. Man kann dieses Problem mit der These zugespitzt formulieren, daß die politische Bewältigung der Ressourcen Verknappung ein zentrales unkalkulierbares Sicherheitsproblem der Zukunft darstellt, wenn ein systematischer Zusammenhang zwischen Umweltproblemen und Konflikt besteht.

Die bisherige Kontroverse ist insofern verwirrend, weil sie auf die Frage zugespitzt wird, ob es einen direkten Zusammenhang zwischen Umweltproblem=Ursache und Gewalt=Wirkung gibt und welche Formen er annehmen kann. Grundsätzlich erscheint die theoretische Annahme plausibel, daß es im Falle der weiteren Ressourcenverknappung und der unzureichenden Verteilung und Umverteilung innerstaatlich wie zwischenstaatlich zu gewaltsamen Konflikten kommen kann. Homer-Dixon unterscheidet hierbei zwei Typen von Konflikten, die er im Rahmen seines *Project on Environment, Population and Security* entwickelt hat. Demzufolge sind zwei Konfliktypen im Sinne von Ursachen denkbar, **ökologische Marginalisierung** einerseits, **Beuteverhalten** (resource capture) andererseits.³⁸⁾ Im ersten Falle steigt die Ressourcenverknappung in Folge der Degradierung des Ökosystems, was bewußt oder unbewußt politisch hingenommen werden muß, sofern es sich um Naturkatastrophen handelt, oder wird. Die Dürrekatastrophen in der Sahel-Zone wären hierfür ein Beispiel. Der

38) Thomas F. Homer-Dixon, 1993, op.cit, S. . Es gibt allerdings verschiedene Versuche der Typologisierung von Umweltproblemen bzw. -konflikten, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. So etwa Günther Bächler, Welche Rolle spielt Ökologie als Ursache und Medium von (zukünftigen) Gewaltkonflikten im internationalen System? In: Jörg Calließ (Hrsg.): Treiben Umweltprobleme in Gewaltkonflikte?, Loccumer Protokolle 21/94, 1994, S. 37-71; Dieter Senghaas, Treiben Umweltprobleme in Gewaltkonflikte? Ökologische Konflikte im internationalen System und Möglichkeiten ihrer friedlichen Bearbeitung. In: Jörg Calließ (Hrsg.): Treiben Umweltprobleme in Gewaltkonflikte?, Loccumer Protokolle 21/94, 1994, S. 301-309; Michael Zürn und Ingo Take, Weltrisikogesellschaft und öffentliche Wahrnehmung globaler Gefährdungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24-25/96, 12. Juni 1996, S. 1-13; umfassender noch ist die Systematik der denkbaren Zusammenhänge zwischen Umweltproblemen und Konflikt von Lothar Brock, 1991, op. cit, siehe auch Ders., The environment and security: conceptual and theoretical issues. In: Nils Peter Gleditsch (ed.): Conflict and the Environment (im Erscheinen).

zweite Typ zeichnet sich dadurch aus, daß die herrschenden Eliten erneuerbare Ressourcen bewußt zu Lasten einer gesellschaftlichen Gruppe (oder mehrerer) verteilen oder umverteilen. Ein Beispiel hierfür waren die unvorhergesehenen Folgen des Baus des Mantali-Damms in Mali und der Diama-Salzwassersperre an der Mündung des Senegal-Flusses zwischen Mali und Senegal. Die unmittelbare Folge war ein drastischer Wertzuwachs des Bodens entlang des Flusses. Die maurische Elite führte eine neue Gesetzgebung ein, die den schwarzen Anrainern das Recht entzog, das Ufer weiterhin landwirtschaftlich zu nutzen, Vieh zu weiden und zu fischen. Der Prozess der ökologischen Marginalisierung ist bereits im Gange. Die Hypothese ist zumindest plausibel, daß derartige Prozesse oder auch natürliche Katastrophen als solche bislang kaum direkt konfliktrichtig waren. Was die Folgen dagegen betrifft, etwa im Falle massiver Migrationsbewegungen, kann das sehr wohl passieren. Beim "Beuteverhalten" dagegen, dem eine politisch motivierte Umverteilungsstrategie zu Lasten unterprivilegierter Gruppen innerhalb eines Staates oder anderer Staaten (im Falle von Wasser z. B.) zugrunde liegt, kann die einseitig angestrebte "Lösungsstrategie" sehr wohl gewaltsame Konflikte nach sich ziehen.

Homer-Dixon zieht zum einen die Schlußfolgerung, daß sogenannte Umweltkonflikte im wesentlichen innerstaatliche Phänomene darstellen. Im Falle internationaler Konflikte dagegen geht er davon daß "... scarcities of renewable resources rarely cause 'resource wars' among states".³⁹⁾ Lippschutz und Holdren dagegen weisen darauf hin, daß sogenannte resource wars historisch gängige Phänomene waren, auch wenn sie der These durchaus zustimmen, daß sie vermutlich an Bedeutung verloren haben.⁴⁰⁾ Allerdings beziehen sie in ihrer Diskussion nur die USA ein. Libiszewski geht von der These aus, sogenannte Umweltkonflikte "manifest themselves as political, social economic, ethnic, religious, ideological or territorial conflicts, or conflicts over resources or national interests, or any other type of conflict. They are traditional conflicts *induced* by an environmental degradation!"⁴¹⁾ Er bestreitet damit, daß

39) Thomas F. Homer-Dixon, *The project on environment...*, op. cit, 1995, S. 48.

40) Ronnie D. Lippschutz and John P. Holdren, *Crossing borders: resource flows, the global environment and international security*, in: *Bulletin of Peace Proposals*, 1990, Bd. 21 Nr. 2, S. 122.

41) Stephan Libiszewski, *What is an Environmental Conflict?* Environment and Conflict Project (ENCOP), *Occasional Papers No. 1*, Zürich, July 1992, S. 11.

Umweltkonflikte als eigenständige Konfliktklasse identifizierbar seien. Auch andere Autoren, so etwa Levy, aber auch Homer-Dixon, weisen darauf hin, daß es in der Regel schwer, wenn nicht gar unmöglich ist, einen direkten Zusammenhang zwischen umweltbedingter Ressourcenverknappung (die unabhängige Variable) und Konflikt (die abhängige Variable) im Sinne von Ursache-Wirkungszusammenhängen empirisch zu überprüfen.⁴²⁾ Das ist auch nicht weiter verwunderlich, denn die Verfügbarkeit von Ressourcen ist immer an die institutionellen Verteilungsmechanismen gebunden und damit an den Staat, der in diesem Zusammenhang nach innen wie nach außen eine zentrale Rolle spielt, sei es passiv oder aktiv.

Unterschiedliche forschungsstrategische Konsequenzen werden daraus gezogen. Folgt man Libiszewski, dann kann im Prinzip jeder gewaltsame inner- wie zwischenstaatliche Konflikt zumindest eine gewichtige Umweltkomponente als Ursache beinhalten. In seiner Analyse zieht er deswegen die Schlußfolgerung, die Ursachen von Konflikten seien im Sinne von Gründen (reasons) zu interpretieren; man müsse also auf das Verfahren des Verstehens zurückgreifen, um zu erklären, warum es zu Konflikten gekommen ist. Levy zieht die Schlußfolgerung, die Forschung sollte sich lieber mit den direkten Ursachen inner- und zwischenstaatlicher Konflikte beschäftigen statt mit deren "remote causes." Homer-Dixon dagegen glaubt, mit Hilfe des process-tracing, eine Art von Fallstudienansatz, eine Lösung gefunden zu haben.⁴³⁾ Libiszewski umgeht das theoretische Problem. Homer-Dixon bietet eine problematische methodologische Lösung an, deren heuristische Fruchtbarkeit sich noch erweisen muß. Levy verfolgt eine reduktionistische Position, indem er empfiehlt, sich ausschließlich auf die unmittelbaren Faktoren gewaltsamer Konflikte zu konzentrieren. Unbefriedigend an dieser Diskussion ist der Umstand, daß theoretisch zwischen spezifischen Strukturbedingungen, die durchaus systematisch mit dem Auftreten von Konflikten im weiteren Sinne verknüpft sein können, und den Faktoren, die den Übergang zur Gewalt und deren Eskalation im

42) Drei Arten des Wirkungszusammenhangs hat systematisch erörtert Thomas Homer-Dixon, *Strategies for studying causation in complex ecological political systems*, Project on Environment, Population and Security, Peace and Conflict Studies, University of Toronto, Occasional Paper, June 1995, S. 6 (Internet Version: <http://www.library.utoronto.ca/www/pcs/methodsl.htm>). Allerdings bleibt immer ein direkter Pfad zwischen Umweltproblem und Konflikt erhalten.

43) a.a.O. S. 7-12.

engeren Sinne verursachen, nicht unterschieden wird. So kommt es zu einem impliziten Struktur determinismus, den Bremer als zentralen Mangel bisheriger Kriegsursachenstudien kritisiert hat.⁴⁴⁾

Bereits der gesunde Menschenverstand legt nahe, daß politische und gesellschaftliche Institutionen eine zentrale Mittlerrolle zwischen knappen bzw. knapper werdenden Ressourcen, erneuerbar oder nicht, und der Verteilung bzw. Umverteilung einnehmen. Der gesunde Menschenverstand legt außerdem nahe, daß Menschen bzw. Staaten nicht so lange inaktiv bleiben werden, bis die Ressourcenknappheit existentiell bedrohlich geworden ist. Die Schlußfolgerung ist, daß es in der Regel keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Umweltproblemen und Konflikt geben kann, sondern daß dieser Zusammenhang immer durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen vermittelt ist. Hinzu kommt in jedem Falle die Prädisposition betroffener Akteure zur Gewalt, staatlicher wie nichtstaatlicher. Im Falle innerstaatlicher Gewalt hat Lichbach dieses Problem als *Dilemma of mutual ignorance*⁴⁵⁾ charakterisiert, das häufig bewirkt, daß es eben nicht zum Gewaltausbruch kommt. Im Falle zwischenstaatlicher Gewalt haben Most und Starr dafür die Kategorien *opportunity* und *willingness*⁴⁶⁾ entwickelt, was beinhaltet, daß die Regierungen häufig darauf verzichten, weil sie dazu nicht bereit sind.

Wenn diese Argumentation stichhaltig ist, dann ergeben sich daraus zwei Konsequenzen. Erstens ist es aus konflikttheoretischer Sicht wenig sinnvoll, um jeden Preis nach einem direkten Zusammenhang von Umweltproblemen und Gewalt zu suchen, es sei denn die Fragestellung würde verschoben hin zum Potential der Konfliktmobilisierung sogenannter "remote effects" bzw. umweltbedingter Ressourcenverknappung. Zweitens haben Umweltprobleme einen gewaltinduzierenden Effekt, vermittelt über die institutionellen Verteilungsmechanismen einerseits, die Bereitschaft und Fähigkeit der betroffenen Akteure, Gewalt anzuwenden, ande-

44) Stuart A. Bremer, *Advancing the Scientific Study of War*. In: Ders. und Thomas R. Cusack, (eds), *Advancing the Scientific Study of War*. Amsterdam: Gordon and Breach, 1995, S. 1-33.

45) Mark Irving Lichbach, *The rebel's dilemma*, Ann Arbor MI: The University of Michigan Press, 1995, insbes. Kap. 2.

46) Benjamin A Most and Harvey Starr, *Inquiry, logic and international politics*. Columbia SC: University of South Carolina Press, 1986, Kap. 2, wo beide Kategorien abgehandelt werden.

rerseits. Empirische Forschungsstrategien, die auf Fallstudien basieren, sind in diesem Zusammenhang heuristisch hilfreich. Mit ihnen können spezifische Konfliktprozesse rekonstruiert werden. Theoretisch greifen sie zu kurz, während sie gleichzeitig methodologisch anfechtbar sind, werden daraus allgemeine Schlußfolgerungen gezogen. Erst recht nicht lassen sich daraus sicherheitspolitisch relevante Schlußfolgerungen ziehen, die in der Zukunft liegen. Theoretisch muß sich deswegen die Konfliktforschung darum bemühen, die Wissenslücke über die - gerade aus sicherheitspolitischer Sicht relevante - Eskalationsdynamik von Konflikten zur Gewalt, innerstaatlich wie zwischenstaatlich, zu schließen. Ebenso muß das Problem der Verknüpfung innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Gewalt, das bis heute weitgehend vernachlässigt wird, erneut aufgegriffen werden. Empirisch stellt sich das Anschlußproblem, welche Indikatoren sinnvoll und nützlich sind, um diese Problematik näher zu analysieren. So wird beispielsweise am neueren Phänomen komplexer humanitärer Katastrophen deutlich, daß es zwar umweltbedingte Ursachen haben kann (Naturkatastrophen etc.), derartige Ereignisse aber erst in der Folge systematische Gewalt produzieren können durch Folgewirkungen wie Migration. Methodologisch ist die Modellierung des Zusammenhangs von Umwelt und Konflikt in Form von unabhängigen Variablen und abhängiger Variable wenig hilfreich. Eine alternative Option haben Goodrich und Brecke⁴⁷⁾ ansatzweise entwickelt. Sie basiert auf der systematischen Identifikation eines Konfliktsyndroms, um den Ausbruch gewaltsamer Konflikte frühzeitig zu erkennen.⁴⁸⁾ Doch um derartige Analysen systematisch durchführen zu können, muß die entsprechende Datenbasis vorhanden sein, die über Konfliktereignisse hinaus ebenso umweltrelevante Indikatoren wie solche über Verteilungs- und Umverteilungsmechanismen enthalten müßte.⁴⁹⁾

47) Jill Wieder Goodrich and Peter Brecke, Paths from environmental change to violent conflict. Working Paper Series of the Georgia Consortium on Negotiation and Conflict Resolution. Atlanta, Paper 96-8 (November).

48) Ich verzichte hier auf eine methodische Diskussion, weil sie den Rahmen der Ausführungen sprengen würde. Daß systemdynamische Modelle dafür geeignet sind, dürfte unbestritten sein. Topologische Modelle, so etwa Clusteranalyse etc., sind dazu sicher auch geeignet. Als Beispiel für einen Simulationsansatz siehe Yasuhiro Murata and Kokichi Ito, Global warming and developing countries, in: Energy Policy Bd. 24 Nr. 12, 1996, S. 1061-1077.

49) Es ist alles andere als evident, wie solche Indikatoren definiert sein müßten. Es erscheint fraglich, ob dafür der Staat als Bezugseinheit die relevante Größe sein kann, sei es bezüglich der Umweltbelastung, sei es bezüglich der Betroffenheit der Individuen, der sozialen Gruppen oder der Menschen in einer spezifischen Region.

Die vorgetragene Argumentation ist deswegen spekulativ, weil sie auf der Annahme aufbaut, daß die zunehmende Ressourcenverknappung gewaltsame Konflikte induziert. Daß sie dennoch eine gewisse Plausibilität für sich beanspruchen kann, soll kurz in Form denkbarer Szenarien illustriert werden. Der Vordere Orient sowie die südlichen Mittelmeeranrainerstaaten leiden zunehmend an sehr hoher und noch zunehmender Wasserknappheit. Diese Region ist heute schon durch ein hohes Konfliktniveau belastet und zugleich von großem strategischen Interesse für den Westen. Die bestehenden Konflikte können sich, was wahrscheinlich ist, durch die weitere Wasserverknappung zusätzlich verschärfen. Eine zweite Konfliktformation rund um das Wasser ist entlang des Euphrat und des Tigris angesiedelt. Die Türkei beabsichtigt, zusätzliche Dämme zu bauen, so daß zwangsläufig Syriens und Iraks Wasserversorgung darunter leiden wird. Dieser Konflikt kann, durch bereits wirksame andere Faktoren begünstigt, zur offenen Gewalt eskalieren. Erwähnt werden kann auch der indische Subkontinent.⁵⁰⁾ Dort gibt es nicht nur grenzüberschreitende Wasserprobleme (Pakistan/Indien, Indien/Bangladesh), sondern darüber hinaus den fatalen Zyklus der verschiedensten sich gegenseitig verschärfenden umweltbedingten Schäden. Diese Länder sind hochgerüstet, verfügen darüber hinaus über Nuklearwaffen. An einer nuklearen Konfrontation ist der Subkontinent bereits vor wenigen Jahren knapp vorbeigeschliddert. Innerstaatliche Gewalt bricht in Indien wie Pakistan immer wieder aus. Wenn aber, wie zu erwarten, die Wasserverknappung zunimmt, dann kann a priori die gewaltsame Auseinandersetzung um diese knappe Ressource nicht mehr ausgeschlossen werden. Der Klimawandel trägt seinerseits direkt und indirekt zur weiteren Verknappung sogenannter erneuerbarer Ressourcen bei, so daß durch diese globalen Bedingungen gleichzeitig regionale Probleme verschärft werden. Folglich muß davon ausgegangen werden, daß bei diesem zunehmenden Prozeß der Verknappung auf Gewalt als Mittel der Problemlösung zurückgegriffen wird. Diese kann dann, wie in der jüngeren Zeit deutlich geworden ist, militärisches Eingreifen für humanitäre oder sonstige Zwecke notwendig machen, womit sich der postulierte sicherheitspolitische Kreis schließt.

50) Siehe hierzu Norman Myers, *Ultimate Security: The environmental basis of political stability*. New York: W. W. Norton & Co, 1993.

Im abschließenden Teil werden aus den bisherigen Überlegungen Schlußfolgerungen gezogen und in denen der Zusammenhang von Sicherheit und Umwelt hergestellt wird.

5. Schlußfolgerungen

Eingangs wurde die These aufgestellt, daß Umweltprobleme dann sicherheitspolitisch relevant sind, wenn sie zum einen die Überlebensfähigkeit der Staaten bedrohen und kurz- oder mittelfristige Lösungen nicht möglich sind, und zum zweiten, wenn diese Probleme zu gewaltsamen Konflikten beitragen können. Zunächst zur ersten These. Die Umweltproblematik ergibt sich aus der komplexen Interaktionsdynamik zwischen Öko- und Humansystem, wobei insbesondere die Veränderungen im letzteren zur zunehmenden Belastung im ersteren führen. Der Begriff des Umweltproblems ist in diesem Zusammenhang unpräzise, weil damit zwar ein spezifisches Problem, etwa Wasserknappheit benannt wird, ein solches singuläres Problem aber gleichzeitig Bestandteil einer monokausal nicht auflösbaren komplexen Interaktionsdynamik ist. Doch während es noch vorstellbar ist, daß kurzfristig und punktuell dramatische Maßnahmen im Humansystem durchgesetzt werden können, zeichnet sich das Ökosystem im Gegensatz dazu zusätzlich durch eine langfristige Eigendynamik aus. Deswegen sind kurz- wie mittelfristig punktuelle und dramatische Maßnahmen weitgehend unwirksam. Wenn es bei der derzeitigen Entwicklung bleibt, ist die systematische Verknappung erneuerbarer Ressourcen unabänderlich. Kurzfristige Lösungsstrategien greifen dann nicht mehr. Daß das Humansystem das ökologische System gefährdet und umgekehrt, dürfte unbestritten sein. Doch handelt es sich deswegen um ein sicherheitspolitisches Problem?

Spezifische, grenzüberschreitende Umweltprobleme haben deswegen sicherheitspolitischen Status, genau genommen müßte man sagen, sie hätten auch eine sicherheitspolitische Dimension, weil sie auf Dauer zur Ressourcenverknappung führen und damit die materielle Basis der Staaten und deren Überlebensfähigkeit untergraben. Sie haben diesen Status darüber hinaus deswegen, weil nur die Staaten in der Lage sind, die zunehmende Ressourcenverknappung national, international (=regional) oder global, durch verbindliche Regulierung zu begrenzen. Das entscheidende Bindeglied zwischen Umwelt und Konflikt scheint dagegen nicht

direkter Art zu sein, sondern wird, so die Kernhypothese, vielmehr durch die Legitimität der bestehenden inner- und zwischenstaatlichen Verteilungs- und Umverteilungsmechanismen bestimmt und der daraus resultierenden Konflikte. Diese sind dann besonders brisant, wenn sie sich mit bereits bestehenden sozialen und politischen Konflikten überlagern und gegenseitig verstärken. Daß globaler Klimawandel und Wasserknappheit zur Verschärfung des bestehenden Konfliktpotentials beitragen, deswegen also die Eskalation von Konflikten zur organisierten Gewalt inner- und zwischenstaatlich begünstigen können, muß angenommen werden.

Die eigentliche Schwierigkeit, grenzüberschreitende Umweltprobleme bzw. deren Folgen als sicherheitspolitisches Problem zu begreifen, dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß der Kausalzusammenhang zwischen der unmittelbaren Bedrohung und einem direkt identifizierbaren potentiellen Gegner entfällt. Weil aber Ursachen und Wirkungen räumlich entkoppelt sind, entfällt auch das Moment der Dringlichkeit. Das ist deswegen von Bedeutung, weil die umweltbedingten Sicherheitsprobleme nur kollektiv unter Berücksichtigung einer Langzeitperspektive zu lösen sind. Bleiben wir bei der Annahme, daß die genannten umweltbedingten Probleme die Gefahr gewaltsamer Verteilungs- und Umverteilungskonflikte nach sich ziehen, dann ist damit die Verbindung zur klassischen Sicherheitspolitik hergestellt. Analog zur nuklearen Abschreckung, die dann erfolgreich ist, wenn offene Gewaltanwendung unterbleibt, gilt das gleiche für die Umweltprobleme. Brechen gewaltsame Konflikte auf, sind im wahrsten Sinne des Wortes nur noch Scheingefechte möglich, weil die Ursachen und Folgen weder kurz- noch mittelfristig zu beseitigen sind. Um das zu verhindern, muß die Umweltproblematik als Abschreckungspolitik konzeptualisiert werden. Daß die bestehenden Institutionen dafür nicht konzipiert und deswegen wahrscheinlich ungeeignet sind, steht auf einem anderen Blatt.

Nun kann der wissenschaftliche Forschungsstand herangezogen werden, um zu belegen, daß zumindest die Annahme zwischenstaatlicher gewaltsamer Konflikte überzogen sein könnte. Historisch haben Großmachtkriege zwar immer zu fundamentalen Veränderungen im internationalen System geführt,⁵¹⁾ doch heute sind Kriege zwischen ihnen wegen ihres Nuklearstatus eher unwahrscheinlich. Ebenso können Kriege zwischen hochentwickelten Demokratien

51) Siehe hierzu Kalevi J. Holsti, op. cit., 1991; siehe auch Kenneth N. Waltz, op. cit, 1994.

weitgehend ausgeschlossen werden. Holsti oder Gantzel etwa belegen, daß zwischenstaatliche Gewalt rückläufig ist, innerstaatliche Gewalt dagegen zunimmt. Holsti spricht in diesem Zusammenhang von "wars of the third kind."⁵²⁾ Die Vertreter des Hamburger Ansatzes gehen sogar noch weiter, indem sie von der Zivilisierungsthese des Kapitalismus sprechen.⁵³⁾ Zum einen ist diese These aber keineswegs so eindeutig, vergleicht man etwa die konkurrierenden Datensätze des Correlates of War Projects und von der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung der Universität Hamburg.⁵⁴⁾ Daß innerstaatliche Gewalt angestiegen ist, aber nicht etwa erst seit dem Ende des Kalten Krieges, trifft sicherlich zu.⁵⁵⁾ Dies hängt mit dem durch die Globalisierung verstärkten Prozess der Fragmentierung im internationalen System zusammen, ebenso wie mit dem Entkolonialisierungsprozess, durch den eine Fülle "sovereäner Staaten" entstanden ist, die die Voraussetzung der Staatlichkeit im klassischen Sinne gar nicht erfüllten und erfüllen.⁵⁶⁾ Die zunehmende Fragmentierung im internationalen System einerseits, die wachsende Ungleichheit erneuerbarer Ressourcen in der heterogenen Staatenwelt dürfte also zwangsläufig mit einer Zunahme gewaltsamer Konflikte außerhalb der

52) Kalevi J. Holsti, *State, war, and the state of war*. Cambridge MA: Cambridge University Press, 1996, insbesondere Kapitel 2.

53) Hierbei handelt es sich um die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg, die Klaus Jürgen Gantzel seit Jahren leitet. Siehe etwa Jens Siegelberg, *Der Hamburger Ansatz - eine Grobskizze*. In: *Perspektiven neuer Kriegsursachenforschung - Kritik des Hamburger Ansatzes*. Diskussionsvorlage zum Symposium vom 25. und 26. Oktober 1996, S. 19.

54) Richtet man sich nach der AKUF-Datenbasis von Gantzel, die zugleich innerstaatliche Konflikte berücksichtigt, kam es zwischen 1945 und 1995 zu insgesamt 196 gewaltsamen Konflikten, von denen nur ein Drittel zwischenstaatlich war. Das sind insgesamt 65 Fälle. Den COW-Daten über militärische Konflikte zufolge, kam es zwischen 1945 und 1992 zu 954 zwischenstaatlichen militärischen Konflikten, von denen allerdings nur 24 zum Krieg gemäß der Definition von COW eskalierten.

55) Das zeigt die Studie von Peter Wallensteen, *Europa und die Konfliktmuster der Zukunft*. In: Wolf-Dieter Eberwein (Red.): *Europa im Umbruch: Chancen und Risiken der Friedensentwicklung nach dem Ende der Systemkonfrontation*. Münster: agenda Verlag, 1997, S. 239-260.

56) Was den Fragmentierungsprozess betrifft, ist hierfür aufschlußreich die Analyse von Dieter Ruloff und Marc Holitscher, *Vom Supermacht-Antagonismus zum Krieg der Wirtschaftsblöcke?*. In: Wolf-Dieter Eberwein (Red.): *Europa im Umbruch: Chancen und Risiken der Friedensentwicklung nach dem Ende der Systemkonfrontation*. Münster: agenda Verlag, 1997, S. 157-186. Zur Staatlichkeits- und Entkolonialisierungsproblematik siehe Robert H. Jackson, *The weight of ideas in decolonization: normative change in international relations*. In: Judith Goldstein and Robert O. Keohane (eds): *Ideas and Foreign Policy*. Ithaca: Cornell University Press, 1993, S. 111-138. Siehe auch Kalevi J. Holsti, 1996, a.a.O., insb. Kap. 4.

OECD-Welt, um dieses Kürzel zu verwenden, stattfinden. Die Zunahme humanitärer Katastrophen und die damit verbundenen Begleiterscheinungen u. a. von Migration, aber auch regionale Wasserkonflikte, legen eher die Vermutung nahe, daß innerstaatliche Gewalt sich grenzüberschreitend fortsetzen kann, ebenso wie mögliche zwischenstaatliche Gewalt etwa im Falle der Wasserknappheit denkbar ist. Doch nur unter der Voraussetzung, daß es den sogenannten OECD-Staaten gelingt, sich vom instabilen Rest der Welt abzuschotten, könnte Gewalt lokalisierbar oder regionalisierbar bleiben. Sie wäre damit für diesen Teil der Welt sicherheitspolitisch tatsächlich irrelevant. Doch das ist vermutlich eher ein Wunsch als erwartbare Realität. Internationale Stabilität ist im Endeffekt nicht teilbar. Wenn etwa, wie die Analysen zur Bedeutung von Ideen in der internationalen Politik zeigen und wie Goldstein und Keohane argumentieren, dann ist es wenig wahrscheinlich, daß eine Art von Sozialdarwinismus im globalen Maßstab als dominante Handlungsnorm akzeptiert wird.⁵⁷⁾ So wie auf Dauer weder die Sklaverei noch der Kolonialismus überlebten, weil sie aus normativen Gründen zunehmend in Verruf gerieten, dürfte das menschliche Leid, das die Ressourcenverknappung mit sich bringt, eventuell sogar Gewalt, auf Dauer von der Weltöffentlichkeit nicht hingenommen werden.

Nun könnte man argumentieren, diese Analyse sei realitätsfremd. Zum ersten postuliere sie Entwicklungen insbesondere, was Gewalt betreffe, die gar nicht prognostizierbar sind. Allerdings war ein nuklearer Angriff der UdSSR auch nie prognostizierbar, aber durchaus möglich. Im nachhinein kann man sogar, logisch unwiderlegbar, behaupten, Abschreckung habe den Frieden in Europa gesichert. Das "*worst-case*"-Denken hat sich in diesem Falle also bewährt. Diese Argumentation, so läßt sich weiter behaupten, decke sich nicht mit der bestehenden Praxis und den bestehenden Institutionen. Das ist sicher zutreffend. Mit der "Erfindung" der *levee en masse*, dem Nationalismus und der Waffentechnologie hat sich im 19. Jahrhundert die sicherheitspolitische Situation grundlegend verändert. Mangelnde Anpassung an die neuen Gegebenheiten hat zu den fatalen Fehlkalkulationen beim Ersten Weltkrieg geführt, von dem angenommen worden war, er sei schnell beendbar. In Anbetracht der hier vorgeleg-

57) Judith Goldstein and Robert O. Keohane (eds): *Ideas and Foreign Policy: An analytical framework*. In: Judith Goldstein and Robert O. Keohane (eds): *Ideas and Foreign Policy*. Ithaca: Cornell University Press, 1993, S. 3-30.

ten Analyse liegt der Schluß nahe, daß sich die sicherheitspolitische Lage regional und global derzeit erneut grundlegend verändert. Die Konsequenz kann folglich nur darin bestehen, Überlegungen anzustellen, wie die bestehenden Institutionen diesen Veränderungen angepaßt werden können. Real ist dieser Anpassungsprozess bereits im Gange, wenn auch nur punktuell, wie dies etwa das Dokument des Department of Humanitarian Affairs über "Military and Civilian Defense Assets"⁵⁸⁾ zeigt. Dort geht es um die verschiedenen Funktionen des Militärs in humanitären Einsätzen. Diese haben nur noch bedingt etwas mit der ursprünglichen Funktion des Militärs zu tun. So weist auch Butts darauf hin, daß es spezifische militärische Einheiten gibt, die umweltpolitisch relevante Funktionen ausüben können.⁵⁹⁾ Das weckt natürlich sofort die Ängste, die im Begriff der Militarisierung der Umweltpolitik zum Ausdruck kommen. Sie sind vielleicht nicht völlig unbegründet, doch analytisch kaum von Nutzen.

Verschließt man sich jedoch grundsätzlich derartigen Überlegungen, dann ist es denkbar, daß das Militär in seiner heutigen Struktur und Funktion zwar auch in Zukunft eingesetzt werden kann, doch daß es dann nur noch Scheingefechte zu hohen Kosten führen könnte. Humanitäre Intervention kann nicht zur Daueraufgabe werden. Umweltprobleme erfordern eine präventive Sicherheitspolitik. Die Abschreckungspolitik hat gezeigt, daß es funktionieren könnte. Präventive Sicherheitspolitik unter Berücksichtigung globaler oder regionaler Umweltprobleme ist sicherlich wesentlich schwieriger, doch deswegen nicht unmöglich.

58) MCDA Reference Manual, *The Use of Military and Civil Defence Assets in Relief Operations*, UN Department of Humanitarian Affairs, November 15, 1995. Internet: <http://www.reliefweb.int/library/mcda/refman/index.html>

59) so Kent H. Butts, op. cit, 1996; siehe auch Ders., Why the military is good for the environment. In: Jyrki Käkönen (ed): *Green security or militarized environment*. Aldershot: Dartmouth Publishing Company, 1994, S. 83-109.

DISCUSSION PAPERS 1997

P 97 - 301

Wolf-Dieter Eberwein

Die Politik Humanitärer Hilfe: Im Spannungsfeld von Macht und Moral

P 97 - 302

Yasemin Topgu

Die Neugestaltung staatlicher humanitärer Hilfe in der Bundesrepublik Deutschland

P 97 - 303

Wolf-Dieter Eberwein **Umwelt -**

Sicherheit - Konflikt Eine theoretische Analyse

Das Arbeitsgebiet „Internationale Politik“ (Leiter: Priv.-Doz. Dr. Wolf-Dieter Eberwein) ist der Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“ (Leiter: David Soskice) assoziiert.